Freie Gewerkschafter rufen auf für die Liste 3

Gegen die arbeiterfeindliche Hindenburgpolitik des ADGB und der SPD. Für den Kampf für Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus mit der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Eine Mitgliederversammlung des Deutschen Lederarbeiterverbandes in Johanngeorgenstadt, an der 300 Mitglieder teilnahmen, nahm Stellung zu den erneuten Versuchen der ADGB-Führer, die Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften wieder vor den Karren der sozialdemokratischen Hindenburg-Politik zu spannen. Die Mitgliederversammlung beschloß, gegenüber diesen Versuchen alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Wahl der Kommunistischen Partei, der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei aufzurufen. Die 300 versammelten Lederarbeiter beschlossen einstimmig die Annahme nachfolgenden Aufrufs an alle sächsischen Gewerkschaftsmitglieder, der gleichzeitig in einer Mitgliederversammlung des ADGB Bernstadt und in einer Sitzung des Vorstandes des Bekleidungsarbeiterverbandes Plauen angenommen wurde.

Kolleginnen! Kollegen!

In einer Welle von betrieblichen Streiks haben die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Lohnabbaumaßnahmen der Kapitalisten und ihrer Regierung aktiven Widerstand geleistet. 600 Streiks wurden in den letzten Wochen in Deutschland geführt. Allein in Sachsen, in Leipzig, Dresden und Chemnitz, im Vogtland, im Erzgebirge und in der Lausitz hat es über 100 Streiks und Kampfbewegungen gegeben und immer neue Belegschaften reihen sich in die Streikfront ein.

Die Kämpfe richten sich gegen die Papennotverordnung, gegen den zwei- und dreifachen Lohnabbau. In den Streiks verwirklicht sich der Wille der Arbeiterklasse, zum Massenwiderstand gegen Hunger und Faschismus. Die Ausbeuter wollen mit der Knute der faschistischen Diktatur die Arbeiterklasse knebeln, um ihr alle Lasten der kapitalistischen Krise aufzuzwingen.

Lohnraub an den Arbeitern	Milliardengeschenke für die Unternehmer
Schultern der Armen	Steuergutscheine in die Tresors der Kapitalisten
Neue Steuerlasten auf die Kopfsteuern für die Werktätigen	Einstellungsprämien für die Ausbeuter
Einstweilige Verfügungen gegen Streikende	Polizeischutz für die Lohnräuber.

Das ist der Aushungerungsplan der deutschen Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse. Damit wollen sie ihr verfaultes und bankrottes System aufrecht erhalten. Diesen Plan können die Kapitalisten nur durchführen, wenn die Massen der Arbeiter „stillhalten". Die zahlreichen Streiks, die in fast allen Fällen erfolgreich beendet werden konnten, sind zu einer Gefahr für das Papenprogramm geworden.

Die kapitalistische Klasse kann ihre Diktatur nur durchführen, wenn ihr eine Massenbasis zur Verfügung steht, auf die sie sich stützen und verlassen kann. Diese Rolle erfüllen einerseits die Sozialdemokratische Partei mit den unter ihrer Führung stehenden Gewerkschaften. Und auf der anderen Seite die NSDAP mit ihren SA-Terrorgruppen.

Die sozialdemokratischen Parteiführer versuchen immer wieder mit neuen Betrugsmanövern die Arbeiter vom Kampfe abzuhalten. Wer die Streiks gegen den Lohnraub nicht mit allen Kräften unterstützt und fördert, der begünstigt die Durchführung des Ausbeuterprogramms, der hilft der faschistischen Diktatur.

Unsere Gewerkschaftsführer behaupten:

Nicht allein der Streik, sondern der Weg zum Arbeitsgericht und zum Schlichter, nicht der Kampf im Betrieb und auf der Stempelstelle, sondern der „Volksentscheid" und die „Sozialisierungsanträge" an den Reichstag könnten den Lohnraub abwehren.

Wir oppositionellen Kollegen aber sagen:

Kein Arbeitsgericht, kein Schlichter, kein Volksentscheid, kein Reichstag kann und wird den Lohn der Arbeiter verteidigen oder den Lohnabbau verhindern.

Nur der aktive Kampf, die betrieblichen Streiks, die Massenstreiks unter Einbeziehung der Erwerbslosen verhindern eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft und schlagen die Lohnräuber in die Flucht.

Ein praktisches Beispiel aus den Betrieben:

In der „Gardine Dobritz", Dresden, wurde für die Abteilung Spitzenweberei, in der in der Mehrzahl Männer beschäftigt sind, am 23. September ein Lohnabbau auf Grund der Notverordnung angeordnet. Die Arbeiter folgten den „Ratschlägen" der Gewerkschaftsführer. Nach wochenlangen Verhandlungen mußten sie einen Lohnabbau von 18 bis 23 Prozent für die 31. bis 48. Stunde schlucken.

In demselben Betrieb wurde am 4. Oktober für die Abteilungen der Bleicherei, in denen in der Mehrzahl Arbeiterinnen beschäftigt sind, ein Notverordnungslohnabbau von 30 Prozent angekündigt. Die Arbeiterinnen folgten dem Rufe der RGO und eröffneten sofort den Streik. Nach einem Tage hatten sie den vollen Sieg errungen.

Was tun die Führer der Freien Gewerkschaften?

Die Angestellten des Graphischen Hilfsarbeiter-Verbandes hatten sich schon am 23. Juni verpflichtet, einem Schiedsspruch ihre Zustimmung zu geben, der erst am 15. September gefällt wurde. Das Ergebnis war ein generellerer Lohnabbau von wöchentlich 2.56 Mk. bis 3.84 Mk. für jede Arbeiterin und jeden Arbeiter.

In Leipzig haben die Führer des DMV eine Vereinbarung getroffen, die den Metallarbeitern den Lohn bis 6 Prozent kürzt hat.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Sachsens mobilisierte mit ganzer Kraft die sächsischen Textilarbeiter zum Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau. Durch die Kampfmobilisation der RGO und der KPD konnten so die Textilindustriellen nicht wagen, einen generellen Lohnabbau durchzuführen.

Die Führung des DTV aber hat in einer freien Vereinbarung die Papennotverordnung, d. h. den Lohnabbau durch Neueinstellungen, grundsätzlich anerkannt.

Die Argumente unserer Gewerkschaftsführer, daß „während der Krise nicht gekämpft werden kann", daß „bei einem Streik die Erwerbslosen den Streikenden in den Rücken fallen werden", daß „nicht gekämpft werden kann bei leeren Kassen der Gewerkschaften", oder weil die RGO keine Streikunterstützung zahlt, sind durch die jetzt zu Hunderten erfolgreich geführten Streiks restlos widerlegt.

Durch eine breite Streikmobilisierung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition haben die Arbeiter erfolgreich ihren Lohn mit der Waffe des Streiks, verteidigt.

In keinem Fall haben die Erwerbslosen den Streikbrecher gemacht. Bei der Firma Krause in Leipzig haben Tausende von Erwerbslosen als Massenstreikposten der antifaschistischen Aktion die Streikbrecher aus dem bestreikten Betriebe verjagt. Unter Führung der JAH haben Solidaritätsausschüsse die Sammlungen eingeleitet und durch die Massensolidarität der Arbeiterschaft konnten die Streikenden unterstützt werden.

Leipart und Straßer auf dem Wege zur Einigung

Der Vorsitzende des ADGB, Leipart, hat in einer Rede am 14. Oktober in Bernau folgendes erklärt:

„Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben."

Auf diese Ausführungen hat der Naziführer Gregor Straßer in einer Rede im Sportpalast in Berlin durch das Bündnisangebot an die freien Gewerkschaften geantwortet, indem er sagte:

„In diesen Erklärungen finden sich Sätze, die, wenn sie ehrlich gemeint sind, weite Ausblicke in die Zukunft öffnen."

Diese Tatsachen zeigen, daß die Politik der freien Gewerkschaftsführer bereits einen solchen Kurs genommen hat, daß die Nazis ein offenes Bündnisangebot machen können.

Der Bundesvorstand des ADGB, der Bezirksvorstand, Vorstände der freien Gewerkschaften rufen die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Reichstagswahl am 6. November auf, die Sozialdemokratische Partei zu wählen.

„Wir bleiben rot!"

Die heute tagende Mitgliederversammlung des ADGB Bernstadt zieht aus der Vergangenheit und aus der Politik der Sozialdemokratischen Partei, die von den Führern der freien Gewerkschaften unterstützt wird, die Lehre, und fordert alle Gewerkschaftskollegen und, darüber hinaus alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf,

am 6. November der Kommunistischen Partei, der Liste 3, die Stimme zu geben.

Weil die sozialdemokratische Hindenburgpolitik des ADGB Herrn Papen den Weg ebnete.

Weil die sozialdemokratische Politik des ADGB am 20. Juli den Staatsstreich in Preußen den Generalstreik lähmte und die Regierung Papen praktisch tolerierte.

Weil die sozialdemokratische Politik des ADGB Brüning tolerierte und die Zerschlagung der Tarife im Januar unterstützte.

Weil die sozialdemokratische Politik des ADGB die Politik des Umrufens des Schlichters und der Arbeitsgerichte, die Vertröstung der Arbeiter auf das Volksbegehren gegen den Notverordnungslohnraub, den Unternehmern und der faschistischen Papenregierung hilft.

Weil nur die Kommunistische Partei die Partei des revolutionären Klassenkampfes, der Gewerkschaftskollegen und allen Arbeitern und Arbeiterinnen in ihren täglichen Kämpfen hilft.

Weil nur die Kommunisten den revolutionären Weg aus der Krise zeigen.

Weil nur die Kommunisten für die proletarische Diktatur, für die Arbeiter- und Bauern-Republik, für den Sozialismus kämpfen!

Bonzen des Textilarbeiterverbandes Leipzig organisieren

Streikbruchzentrale der Gewerkschaft

Die Streikfront der Belegschaft Tittel & Krüger steht trotz verbrecherischer Sabotage der Gewerkschaftsbürokraten fest! . Solidaritätsaktion der IAH

Die Streikbewegung gegen den Lohnraub hält nach wie vor im ganzen Reiche an. Auch die rund 1000 streikenden Textilarbeiter der Firma Tittel und Krüger in Leipzig stehen in glänzender Begeisterung weiter im Kampf, müssen sich aber jetzt gegen den planmäßigen Streikbruch zur Wehr setzen, der von den Gewerkschaftsbonzen organisiert wird. Die Streikbrecher werden in geschlossenen Autos in den Betrieb gebracht, der von starken Kräften der Polizei des Sozialdemokraten Fleißner bewacht wird. Am Freitagvormittag holte ein Kraftwagen der Firma so 25 Streikbrecher am Volkshaus in Leipzig ab, wo sich aller **Wahrscheinlichkeit nach die Streikbrecherzentrale der Bonzen befindet. Die Streikbrecher wurden unter der Bewachung des Reichsbanners nach dem Betrieb gebracht. Ojjenkundiger kann das verbrecherische Treiben der DTV-Bonzen nicht gekennzeichnet werden, nachdem sie Mitgliedern des Verbandes einen Revers vorgelegt haben, durch dessen Unterschrift sie sich zur Wiederaufnahme der Arbeit verpflichten sollten. In diesem Revers sollten die Streikenden erklären, daß sie von der RGO an der Arbeit gehindert worden seien. Von den Gewerkschaftskolleginnen wurde dieses Ansinnen der Streikbrecherorganisatoren mit Entrüstung zurückgewiesen.**

Trotz gesteigerter Streikbruchhetze der DTV-Bürokratie hat die Zahl der Streikenden gestern zugenommen. Die Zahl der Streikbrecher, die von den einzelnen Stellplätzen im geschlossenen Auto nach dem Betrieb befördert wurde, ist im Abnehmen begriffen. Es wurde sogar beobachtet, daß die Autos mehrfach leer zurückkamen.

Die Streikversammlung, die gestern morgen im Schloß Lindenfels stattfand, war von mehr als 800 Personen besucht. Die Stimmung der Streikenden ist eine glänzende. Am Donnerstag hat bereits das Solidaritätswerk der IAH eingesetzt, die mit der Eröffnung von Küchen die Streikenden unterstützt. Der RGO ist es gelungen, die Streikbruchaktion der Gewerkschaftsbürokraten unwirksam zu machen, die gemeinsam mit den Nazis den Kämpfenden in den Rücken fallen.

Goebbels am Kantkaken

Die Dresdner Nazis haben sich Goebbels für kommenden Montag zu einer Kundgebung verschrieben. Das ist kein Zufall. Denn in Dresden gärt die Rebellion unter den werktätigen Nazianhängern und Goebbels versteht es von allen Naziphrasen am noch am geschicktesten, radikale Töne gegen die „vornehmen Herren" zu flöten. Gerade darum sagen wir den werktätigen Nazianhängern:

Laßt euch nicht Goebbels' fertigen Zungenschlag verlegen,

sondern fragt ihn einmal, warum er den Massen ständig verschweigt, daß

Hitler die SA zur Hochzeitsparade nach Koburg kommandiert hat, daß Hitler einen erbärmlichen Kuschbrief an den Herzog von Koburg-Gotha geschrieben hat, daß Graf Reventlow erst kürzlich in der französischen Zeitung „Republik" schreibe: „Wir verlangen nicht die Annullierung des Versailler Vertrages".

Das alles verschweigt gerade Goebbels den Anhängern der NSDAP ständig, weil sie nicht erfahren sollen, daß die NSDAP eine gerissene kapitalistische Agentur ist.

Um so mehr werden wir für die massenhafte Erkenntnis dieser Tatsache sorgen, und

der Bolschewismus wird das Gottesurteil schlagen!

Gehaltsabbau-Schiedsspruch für die Kleinhandels-Angestellten

Dresden, 29. Oktober.

Am 26. Oktober wurde von dem Schlichtungsausschuß Dresden ein Schiedsspruch für die Angestellten im Dresdner Einzelhandel gefällt, der ab 1. Januar 1933 einen Gehaltsabbau von 5 Prozent vorsieht. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 2. November. Die Lohnstufen sollen im 1. Lehrjahr um 4,8,5 Prozent, im 2. um 5,3 und im 3. um 2 Prozent gekürzt werden.

Die Dresdner Kleinhandelsangestellten dürfen sich nicht damit begnügen, den Schiedsspruch abzulehnen, sondern sie müssen zum Kampf gegen jeden Pfennig Gehaltsraub rüsten. Nehmt

---

Weitere KPD-Versammlungsverbote und -auflösungen

Die Arbeiter antworten mit spontanen Demonstrationen für die Liste 3!

Eine Frauenversammlung der KPD, die gestern in Dörings Festsälen stattfinden sollte, wurde von der Polizei verboten mit der nachträglichen Erklärung, daß aus dringlichen Gründen der Saal nicht freigegeben werden könne. Eine Erwerbslosenversammlung in Berlin-Wedding wurde polizeilich aufgelöst und der Referent verhaftet, weil er angeblich zu Gewalttätigkeiten aufgefordert habe. Nach Schluß bildete sich ein spontaner Demonstrationszug, gegen den die Polizei mit dem Gummiknüppel verging.

Gestern abend kam es auch am Kottbuser Tor zu spontanen Demonstrationen mehrerer hundert Arbeiter, die gegen Papen und für die Liste 3 demonstrierten.

Reichsbanngeneral Mayr

Wie wars mit dem Burgfrieden?

Der durch seine intimen Besprechungen mit Röhm besonders berüchtigt gewordene Reichsbanngeneral Mayr spricht am Montag in Dresden, wobei er wahrscheinlich denkt, sich mit sensationellem Gewäsch über diese Gespräche aus der Affäre ziehen zu können. Herrn Mayr ist es unlängst schwer an die Nieren gegangen, daß wir ihn [illegible] men zu Recht als

Stoßbrigadier für die antibolschewistische Einheitsfront

gekennzeichnet haben. Deshalb übermittelte er uns vor einiger Zeit eine solchlicherweise als „Berichtigung" gekennzeichnete Zuschrift, in der er unter anderem zugab:

„Ich bemerkte hinsichtlich dieses sogenannten Burgfriedens nur, daß davon erst die Rede sein könnte, wenn Hitler seine Parole vom „Köpfe-rollen-lassen" und überhaupt sein sogenanntes Programmbuch „Mein Kampf" als völligen Unsinn feierlich zurückgenommen habe."

Wir wollen uns auf den Abschwächungsversuch Mayrs im einzelnen gar nicht erst einlassen. Entscheidend ist:

Dieser Reichsbanngeneral hält jedenfalls den Burgfrieden mit Hitler für durchaus diskutabel!

Nicht umsonst sind ja darum auch alle Besprechungen mit Röhm geführt worden.

Diese Tatsache, sozialdemokratische Arbeiter, muß euch die Augen öffnen, auch wenn Sie euch Mayr nunmehr mit der Salbe der Verbindlichkeit und der scheinheiligen Heuchelei verschmieren möchte: Behaltet klaren Blick!

Kämpft in unserer Front gegen den Faschismus und den [illegible] Hand reichenden Sozialfaschismus!